

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Kiepsch & Reichardt in Dresden.

Anzeigen-Zert.
Annahme von Anzeigen bis nach 3 Uhr, Sonntags nur bis 11 Uhr. Die einseitige Grundgebühr (ca. 8 Ellen) 20 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 25 Pf.; die zweiseitige Seite auf 20 Zeilen 20 Pf., die zweifache 30 Pf., die vierfache 40 Pf. — In Nummern nach Sonn- und Feiertagen die einseitige Grundgebühr 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden die Grundgebühr 20 Pf. — Auswärtige Kollagen nur gegen Vorauszahlung. Jedes Blatt kostet 10 Pf.

Besuchs-Geld
Verpflichtet für Dresden bei täglich zweimaliger Besichtigung (mit Sonntags- und Feiertagen nur einmal) 2,50 M., durch ausgedehnte Kenntnisse bis 1,50 M. Bei einmaliger Besichtigung durch die Stadt 1 M. (ohne Besichtigung). Die von Dresden u. Umgebung am Tage vorher beglaubigten Besuchs-Geldbescheinigungen sind auszuweisen. Besuche mit den Besuchs-Geldbescheinigungen sind nur mit den Besuchs-Geldbescheinigungen (Dresd. Stadt-) möglich. — Inausgewählte Besuche werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 + 2096 + 3601.

A. F. Keyler & Co., Papierhandlung, Rosmaringasse 3, nahe Schlossstrasse.
Größe Auswahl in F&B-Büchereiprodukten bewährter Systeme, sowie Goldfedern für jede Hand passend. Der Vorteil einer Goldfeder ist, dass sie sich selbst bei jahrelangem Gebrauch nicht abnutzt. Umtausch innerhalb 14 Tagen gestattet. Reparaturen prompt und billig.
Gegründet 1825. Fernsprecher 1022.

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.

Größtes Lager
in
**Beleuchtungs-
Gegenständen**
Ebeling & Croener
Hankstrasse 11.

Zacherlin
aber nur in Flaschen, wo Plakate aushängen.

Enthaarung
im Gesicht und an den Händen auf schmerzlosem Wege erreicht man mit „Depil“, Enthaarungsmittel, in wenigen Minuten. Unschädlich für die Haut. Flasche mit Anweisung 1,50 Mark. Bei Einsendung von 1,75 Mark franko. Depot:
Löwen-Apotheke, Dresden, Altmarkt.

Tuchwaren. Lager hochfeiner deutscher und englischer Anzug-, Hosen-, Paletot- und Westenstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten, **Damen-Kostümstoffe, Billardtuche, Bunte Tuche.** **Hermann Pörschel** Scheffelstrasse 19/21 (Kleines Haus).
Uniformtuche für Königlich Sächsische Staatsforstbeamte in erstklassigen Fabrikaten.

Für eilige Leser.

Putzmäßige Bitterung: Etwas wärmer, vorwiegend trocken.
Die Königswürde beim diesjährigen Dresdener Bogenschießen errang Herr Zeughauptmann Lohr.
Prinz Heinrich von Preußen gedenkt an der Beerdigung der auf Zee „Lothringen“ verunglückten Vergleute teilzunehmen.
Ein allgemeiner deutscher Blumentag soll zugunsten verunglückter Flugzeugführer oder ihrer Hinterbliebenen veranstaltet werden.
Der Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin wird voraussichtlich im nächsten Sommer dem Betrieb übergeben werden können.
In der Wiener „Reichspost“ wird in einem auf den Thronfolger zurückgeführten Artikel über das Verhältnis Deutschlands zur Tripelentente gesagt, Deutschland sei der starken Hilfe Österreich-Ungarns immer gewiß.
Die Leiche des in Marokko ermordeten Deutschen Opitz ist jetzt aufgefunden worden.
Der Pariser Kaffationshof hat das vom Schwurgericht Rouen gegen den Sekretär des Kohlenarbeitersyndikats Durand ausgesprochene Todesurteil aufgehoben.
Der türkische Gesandte ist von Cetinje abgereist, doch werden die Verhandlungen in Konstantinopel fortgesetzt.

Liberale und Konservative in England.

Das englische Parlament ist bis Anfang Oktober vertagt worden, und die liberale Regierung sieht der Wiedereröffnung der Session mit ziemlich gemischten Empfindungen entgegen, weil die parteipolitischen Verhältnisse durchaus nicht so liegen, daß von einer gesicherten parlamentarischen Herrschaft des Liberalismus die Rede sein könnte. Beim Zusammentritt des gegenwärtigen Parlaments waren die beiden großen Parteien, Konservative und Liberale, fast genau gleich stark, und die Mehrheit für die Liberalen ergab sich aus den Stimmen der Iren und der Arbeiterpartei. In der Zwischenzeit aber ist die Zahl der liberalen Mandate durch verschiedene, zunächst für die konservativen Unionisten günstige auszufallene Nachwahlen um nahezu ein Drittel vermindert worden. Die Liberalen bestanden sich also den Konservativen gegenüber in der Minderheit, und dazu kommt noch eine weitere Schwächung ihres parlamentarischen Standpunktes durch die Unauferlässlichkeit der Arbeiterpartei, die jede Gelegenheit benutzt, um der Regierung ihre Abhängigkeit von der Gnade der Arbeitervertreter zum Bewußtsein zu bringen. Die Regierung ist von dieser Seite nicht nur mehrmals bei den Nachwahlen im Stich gelassen worden, sondern sie hat sich auch im Parlamente wiederholt bei Abstimmungen in sehr schwieriger Lage befunden, weil die Arbeiterpartei verlor. Einmal betrug die Mehrheit der Regierung sogar nur drei Stimmen, allerdings in einer geringfügigen Angelegenheit. Um so peinlicher war es, daß bei der Abstimmung über das Budget in dritter Lesung die ministerielle Mehrheit nur bis auf 29 Stimmen gebracht werden konnte. Wenn bei diesem Anlaß nicht die irische Partei geschlossen für die Regierung eingetreten wäre, läge das Kabinett Aquit trotz seiner nominalen Mehrheit von über 110 Stimmen schon nicht mehr am Staatsruder. Zu allem ist noch unmittelbar vor der Vertagung eine weitere, den Liberalen ungünstige Nachwahl erfolgt. In Nordwest-Manchester konnte das liberale Mandat nur durch das Eintreten der Arbeiterpartei gerettet werden. Trotz der für die liberale Regierung so sehr acclamierten Lage hat aber die Arbeiterpartei bei der Nachwahl Gewehr bei Fuß behalten, und so ist auch dieser Wahlkreis an die konservativen Unionisten verloren gegangen. Diese fortwährenden Wahlsiege der Konservativen beeinflussen die allgemeine politische Stimmung im Lande naturgemäß nicht zu Gunsten der Liberalen, deren Autorität dadurch mehr und mehr erschüttert wird, während die Aussichten eines konservativen Sieges im Falle einer Auflösung des Parlaments steigen. Genau so war es am Ende der letzten konservativen Re-

nierungsperiode unter Balfour, als die liberalen Nachwähler die den Stimmungsumschwung anerkennend der Liberalen vorbereiteten.

Zu dieser Unstetigkeit der parteipolitischen Verhältnisse gefügt sich ein die Aktionsfähigkeit des Liberalismus fast schwächender Gegenfaktor im Schoße des Kabinetts selbst, der in den Persönlichkeiten der Herren Churchill und Lloyd George seinen Ausdruck findet. Lloyd George ist der temperamentvolle Vertreter eines „radikaldemokratischen“ Liberalismus, der mit einem keine Rücksichten kennenden Reformeifer sein umfassendes soziales Programm, insbesondere auch auf dem Gebiete der Bodenreform, zu verwirklichen trachtet. Ihm gegenüber steht der Vorkämpfer der gemäßigten liberalen Richtung Churchill, der in der zurückhaltenden Nachgiebigkeit gegen die radikalen Forderungen der Arbeiterpartei eine unheilvolle Entwicklung erblickt und zu deren Vermeidung den Anschluß nach rechts zu gewinnen trachtet. Wie weit die Uneinigkeit bereits gediehen ist, erhellt aus der Tatsache, daß in der beiderseitigen Parteipresse ganz ernsthaft der Gedanke einer Verschmelzung des rechtsliberalen Flügel mit den konservativen Unionisten erörtert wird. Auch die jetzige konservative Partei ist aus einem solchen Aufstossprozeß hervorgegangen, worauf der Name Unionisten — vereint aus konservativen und rechtsliberalen Elementen — hindeutet. Es würde also nur einem bereits begonnenen historischen Zuge entsprechen, wenn jetzt wiederum die am weitesten rechtsstehende Gruppe des englischen Liberalismus sich von der Gesamtpartei loslöste und zu den Unionisten hinüberzöge. Der Liberalismus Großbritanniens würde dann künftig ein einheitliches Gebilde von rein radikalem Charakter darstellen. Der Verschmelzungsprozeß könnte sich um so leichter vollziehen, weil die heutigen rechtsliberalen zugleich zielbewußte Vertreter des Imperialismus sind, d. h. also des größtbritannischen Reichgedankens, der England und die Kolonien zu einer gemeinsamen nationalen Verteidigung zur See zusammenschließen will, und der die Seerückung überhaupt mit allem Nachdruck forciert. Die Konservativen ihrerseits haben vorstichtigerweise den Hauptstiel des Anstoßes für die Rechtsliberalen, die Tarifreform, dadurch aus dem Wege geräumt, daß sie auf deren Durchführung im gewöhnlichen Wege der Gesetzgebung verzichteten und die Entscheidung darüber einem Referendum, einer allgemeinen Volksabstimmung vorbehalten.

Die gekennzeichnete Sachlage muß man sich vergegenwärtigen, um die Aussichten, die sich dem liberalen Kabinett für die beiden noch in Beratung befindlichen großen Gesetzesvorwürfe, die Wahlreform und die irische Selbstverwaltungsbill, bieten, richtig abzuschätzen. Beide Vorlagen haben in den Konservativen entschiedene Gegner, weil ihnen das Entgegenkommen gegen die Forderungen des Radikalismus in wohlpolitischer Hinsicht und das Zurückweichen vor den Iren auf nationalem Gebiete zu weit geht. Die Frage ist nun, ob die Konservativen sich entschließen werden, ihren im Oberhause noch vorherrschenden Einfluß in die Waagschale zu werfen, um die Verabschiedung der genannten beiden Entwürfe im Herbst zu verhindern. Wenn die Konservativen hierzu den ernstlichen Willen haben, so können sie es durchsetzen, daß die Entscheidung hinauszugeschoben wird. Nach den neuen Verfassungsbestimmungen hat das Oberhaus das Recht, in nichtfinanziellen Gesetzgebungsfragen gegen die Beschlüsse des Unterhauses ein aufschiebendes Veto einzulegen, mit der Wirkung, daß eine solche Vorlage erst dann Gesetz wird, wenn innerhalb zweier Jahre das Unterhaus noch zweimal seine Abstimmung im gleichen Sinne wiederholt. Wenn nun das Oberhaus im Herbst gegen die Wahlreform- und die Home-Rule-Bill sein Veto einlegt, so hätte es auf jeden Fall Zeit gewonnen, und damit ist bekanntlich unter Umständen alles gewonnen. Im Laufe von zwei Jahren können sich bei der gegenwärtigen unsicheren Lage des Liberalismus jeden Augenblick parlamentarische Schwierigkeiten von so unangenehmem Charakter erheben, daß der Appell an die Wähler zur unausweichbaren Notwendigkeit wird. Dann aber würde aller Voraussicht nach wieder eine konservative Woge durch das Land gehen und dem Unterhause eine Zusammenkunft geben, bei der sich die zweimalige Wiederholung einer für die Wahlreform und die Home-Rule-Bill günstigen Abstimmung nicht erzielen ließe. Wenn die Konservativen für ein solches Vorgehen den überwiegenden Teil der Wählerkraft hinter sich zu haben glauben, werden sie wohl schwerlich zögern,

den Kurs darnach anzusehen. Umgekehrt wird man aus der Vermeidung eines derartigen Kräfteversages den Schluß ziehen dürfen, daß der konservative Rückhalt bei den Wählern doch nicht so stark ist, wie es zurzeit den Anschein hat.

Drahtmeldungen

vom 10. August.
Die Reise Poincaré nach Rußland.
Zur Begrüßung der „Gondé“ durch deutsche Kriegsschiffe.
Berlin. (Priv.-Tel.) Zu der Begrüßung der deutschen Kriegsschiffe mit der „Gondé“ wird im Reichsministerium erklärt, daß es sich dabei um einen Zufall gehandelt habe. Die deutsche Hochseeflotte sei zur Zeit der Begrüßung gerade in einer strategischen Uebung begriffen gewesen. Das deutsche Kriegsschiff, mit dem der „Gondé“ die erste Begrüßung austauschte, war das Linienerschiff „Deutschland“.
Petersburg. (Priv.-Tel.) Die „Werscherneje Wremja“ meint, die Begrüßung des französischen Kreuzers „Gondé“ durch die deutsche Flotte sei eine demonstrative Höflichkeit mit dem politischen Nebenbedeutung gewesen, zu zeigen, daß die russische Flotte eingeschlossen werden könne.
Poincaré über den „Dreimonatsvertrag“.
Berlin. (Priv.-Tel.) Poincaré machte, wie dem „Kofalanziger“ aus Paris gemeldet wird, dem Petersburger Korrespondenten des „Echo de Paris“ erste Vorwürfe wegen dessen jüngster Depesche über den „faulsen Dreimonatsvertrag“ zwischen Frankreich und Rußland. Poincaré fügte hinzu, diese Nachricht habe ihm zwei schlaflose Nächte eingebracht, weil er die Fiktionssprüche beider nach allen Seiten hin dementieren müsse. Es bleibe abzuwarten, ob der Korrespondent des „Kofalanzigers“ hinzu, ob die deutsche Nachricht desselben Blattes, daß Poincaré in Peterhof die Entsendung eines russischen Armeekorps an die polnische Grenze befürworten wolle, mit der Begründung, daß auch Deutschland seine Truppen vermehre, dem Ministerpräsidenten abermals schlaflose Nächte bereiten wird.
Eine österreichische Stimme über das russisch-französische Marine-Abkommen.
Wien. (Priv.-Tel.) Die dem Thronfolger nachfolgende „Reichspost“ meint in einem Artikel „Politik fürchten“: Das französisch-russische Marine-Abkommen lasse völlig Mißbill, denn das Berliner Auswärtige Amt sei von Petersburg sehr genau über das Abkommen informiert worden. Nicht das russisch-französische Bündnis, sondern die ganz außer Verhältnis stehende Vermehrung der englischen Flotte könnte eventuell Deutschland veranlassen, eine neue Flottenvorlage auszubringen. In Deutschland wisse man, daß sich ein neues Wettrennen aufzumachen, aber man werde sich nicht überlassen lassen und sei der starken Hilfe Österreich-Ungarns immer gewiß.

Zur Grubenkatastrophe.
Bohum. (Priv.-Tel.) Hier verläutet, daß außer den Spitzen der staatlichen und lokalen Behörden auch Prinz Heinrich an der Beerdigung der verunglückten Bergleute teilnehmen wird.
Berlin. (Priv.-Tel.) Bei dem gestrigen Mahle der französischen Besucher im Hauptrestaurant des Zoologischen Gartens regte einer der fremden Gäste eine Samlung zur Unterstützung der durch die wechselläufige Grubenkatastrophe in Vol geratenen Hinterbliebenen der verunglückten Bergleute an. Diese Anregung wurde von den Franzosen mit lautem Beifall begrüßt und alsbald in die Tat umgesetzt.
Angestellten-Versicherung und Erbschaften.
Berlin. (Priv.-Tel.) Nach Neuerungen der Presse erwartet man an mehreren Stellen den Erlaß von Ausführungsbestimmungen über die Zulassung von Erbschaften zur Angestelltenversicherung. Wie die „Kreuz-Ztg.“ erfährt, sind solche Ausführungsbestimmungen nicht in Aussicht genommen, da die Entscheidung über die Zulassung einer Klasse als Erbschaft nur nach Lage des einzelnen Falles getroffen werden muß.
Aufteilung der Sammlung Frobenius.
Berlin. (Priv.-Tel.) Die Sammlung des bekannten Forschers Leo Frobenius ist jetzt aufgeteilt worden. Da der Forscher seine Reisen für die Museen Berlin, Hamburg und Leipzig auszuführen hat, erfolgte die Aufteilung auf gleichen Teilen, nur über ein besonderes Stück, ein wertvolles Höhenbild, mußte das Votum entscheiden. Es entschied für das Berliner Museum. Von der etwa 2000 Stücke umfassenden Sammlung sind Berlin die Holzschneiderarbeiten aus Johaba angefallen, die als der wertvollste Bestandteil der Sammlung angesehen werden. Auch die Bretter, die von den Forschern zu Bauzwecken benutzt wurden und die zum Teil mit symbolischen Motiven versehen sind, verblieben in Berlin, wenngleich auf Grund des Aufteilungsprinzips Stücke auch in den Museen von Hamburg und Leipzig vertreten sein werden.